



wisoak



BILDUNGSURLAUB
50
JAHRE
BILDUNGSZEIT



EIN JUWEL DER WEITERBILDUNG FEIERT JUBILÄUM

Wir schreiben das Jahr 1975. Seit kurzem sind „wir“ wieder Fußballweltmeister. Die BR Deutschland und die DDR haben gerade den 25. Jahrestag ihrer Staatsgründung begangen. In der Bundesrepublik führt Helmut Schmidt (SPD) die sozialliberale Koalition von Willy Brandt fort. Und im kleinsten Bundesland Bremen regiert die SPD seit geraumer Zeit mit absoluter Mehrheit, Regierungschef ist Bürgermeister Hans Koschnick.

In dieser Zeit, genauer: am 01.01.1975 tritt ein bremisches Landesgesetz in Kraft, das erhebliche Strahlkraft besitzen und zum Vorbild auch für andere Bundesländer werden sollte: das Bremer Bildungsurlaubsgesetz. Es ebnet den Weg für Arbeitnehmende, an zehn Arbeitstagen im Zweijahreszeitraum von der Lohnarbeit freigestellt zu werden - zum Zwecke der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung, unter Fortzahlung der Bezüge.

Mit dem Rückenwind der Reformära

Ex-Senator Herbert Brückner (SPD) erinnert in einer Festschrift zum 10jährigen Bestehen des Bremer Bildungsurlaubs-gesetz an die jahrelangen Vorarbeiten und die verschiedenen Gesetzesinitiativen in den 60er Jahren, auch auf Bundesebene. Die treibenden Kräfte in Bremen: Angestellten- und Arbeiterkammer, die Gewerkschaften, Bildungspolitiker der SPD.¹

Brückner hatte Anfang der 70er Jahre den Vorsitz eines Bürgerschafts-Ausschusses inne, der Entwürfe für ein allgemeines Weiterbildungsgesetz und eben das Bremer Bildungsurlaubs-gesetz vorlegen sollte. In seinem Rückblick betont Brückner, dass beide Gesetze Richtungweisend miteinander verzahnt wurden: Das „Gesetz über die Weiterbildung im Lande Bremen“, 1974 dann erlassen und im selben Jahr auch in Kraft getreten, bildet die Grundlage und den Rahmen auch für Bildungsurlaub. Es beschreibt Inhalte, Ziele und Aufgaben von Weiterbildung generell, um dann detailliert ihre staatliche Förderung zu regeln; Arithmetik und Verästelungen der Förderbestimmungen sind bis heute selbst für Weiterbildungsprofis nur schwer zu durchdringen. Fest stand von Anfang an aber ganz offenkundig: Ohne öffentliche Gelder funktionieren Organisation und Durchführung von niedrigschwelligen Bildungs-

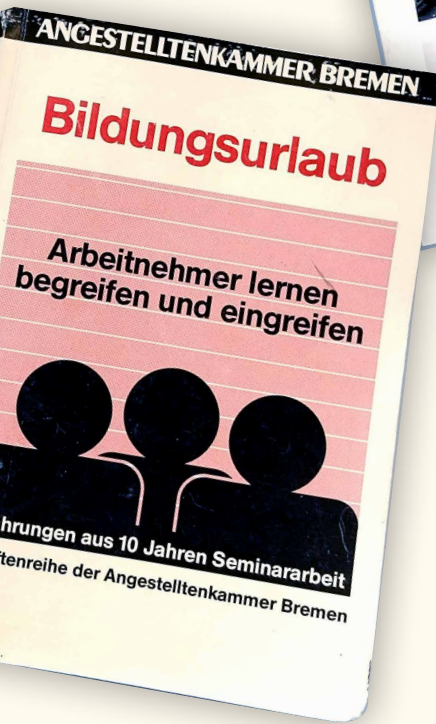
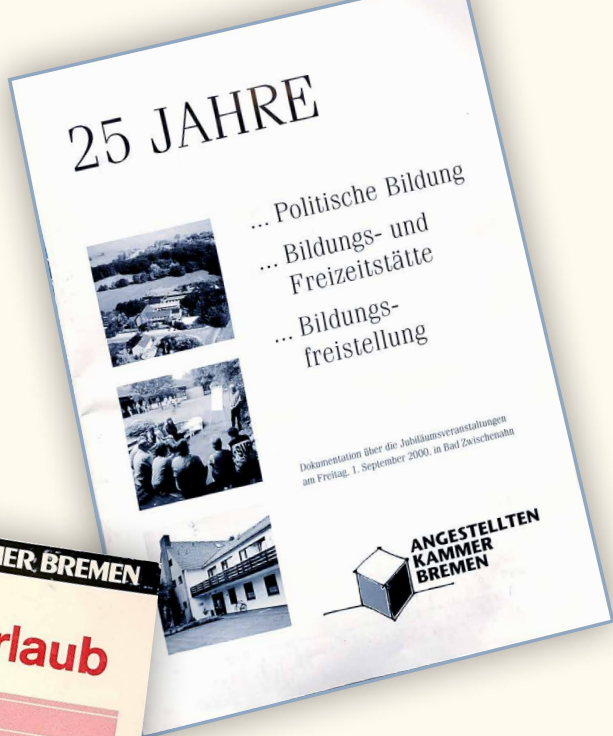
urlaubsangeboten nicht, ist Bildungsurlaub schlichtweg nicht zu bezahlen und zu realisieren.

Übergeordnetes Ziel des gesamten Gesetzespakets war es damals, so führt Brückner in seinem Festschrift-Beitrag weiter aus, „über den Weg der politischen Bildung ein Mehr an gleichen Chancen, ein Mehr an politischer Beteiligung, ein Mehr an Mitbestimmung und Selbstverwirklichung in unserer Gesellschaft, ein Mehr an arbeitnehmerpolitischem Bewusstsein“ zu erreichen. Die Adressaten des Gesetzes: „Arbeitnehmer und arbeitnehmerähnliche Personen“.²



¹ Herbert Brückner: Neue Qualität von Bildungsarbeit: Weiterbildung für Arbeitnehmer, in: Schriftenreihe der Angestelltenkammer Bremen: Bildungsurlaub. Arbeitnehmer lernen begreifen und eingreifen. Erfahrungen aus 10 Jahren Seminararbeit, Bremen 1985, S. 19-25. Vgl. zur Geschichte des Bildungsurlaubes auch: Arbeitnehmerkammer Bremen: 100 Jahre für eine gerechte Arbeitswelt, Bremen 2021, S. 162ff

² Brückner, a.a.O., S. 21



In diesen Worten scheint deutlich der Geist der bildungspolitischen Reformära der 70er Jahre auf. Wichtige Bezugsgrößen schon damals: „Lebenslanges Lernen“, „Demokratisierung unseres gesellschaftlichen Lebens“, „emanzipatorische Weiterbildung“. Weiterbildung sollte Arbeitnehmende dazu befähigen,

- › soziale und kulturelle Erfahrungen, Kenntnisse und Vorstellungen kritisch zu verarbeiten, gesellschaftliche Wirklichkeit zu begreifen und zu verändern,
- › die berufliche Qualifikation in ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung zu bewerten und zu steigern,
- › die Mitarbeit im öffentlichen Leben zur Verwirklichung des Grundgesetzes kritischer, wirksamer und widerstandsfähiger zu gestalten,
- › Verhaltensweisen zu erlernen, um in ihren Ursachen erkannte gesellschaftliche Konflikte steuern und überwinden zu können und
- › die durch soziale Herkunft, durch gesellschaftliche Entwicklungen und Bildungsprozesse entstandenen und neu entstehenden Ungleichheiten abzubauen.³



³ Vgl. § 2 des Bremer Weiterbildungsgesetzes, hier wiedergegeben nach Brückner, a.a.O., S. 22.

Bildungsurlaub als Erfolgsmodell

Im März 1975 fand dann der erste Bildungsurlaub in der Bildungsstätte Bad Zwischenahn statt. Die Bildungsstätte im Ammerland gehörte damals der Angestelltenkammer Bremen, die sich auch als „Geburtsshelfer“ der neuen Bildungsform verstand.⁴

Bildungsurlaub in Bad Zwischenahn – das war und ist noch heute eine „Bildungswoche mit Internatsunterbringung“, also mit Übernachtung und Vollverpflegung von Montag bis Freitag. Ende des Jahres 1975 zählte man bereits 26 Veranstaltungen mit 424 Teilnehmenden. Die Bilanz dann nach 10 Jahren: 26.000 Arbeitnehmende hatten in dieser Dekade bereits Bildungsurlaube der Angestelltenkammer in Bad Zwischenahn besucht.

Die Zahl der Bildungsurlaube und die Zahl der Teilnehmenden waren in den ersten Jahren so erheblich angewachsen, dass man Seminare zuweilen in geeignete Gaststätten und Hotels auslagern, nicht wenige Interessent:innen auch abweisen musste. Wegen der großen Nachfrage wurde das Seminarangebot dann nach und nach ausgebaut. Die Bildungsstätte Bad Zwischenahn erhielt einen Erweiterungsbau. Und die Angestelltenkammer, später auch ihr Weiterbildungsträger, die (Wirtschafts- und) Sozialakademie, richteten zusätzlich zu Bildungsseminaren mit Internatsunterbringung auch Bildungsurlaube „vor Ort“ ein, in Bremen, Bremerhaven und Bremen-Nord.⁵



⁴ Vgl. den Beitrag von Hans Urbanek, in: Schriftenreihe der Angestelltenkammer Bremen: Bildungsurlaub. Arbeitnehmer lernen begreifen und eingreifen. Erfahrungen aus 10 Jahren Seminararbeit, Bremen 1985, S. 49-62

⁵ Vgl. Theo Jahns, Zehn Jahre Bildungsurlaub unter einem Dach, in Schriftenreihe der Angestelltenkammer Bremen: Bildungsurlaub. Arbeitnehmer lernen begreifen und eingreifen. Erfahrungen aus 10 Jahren Seminararbeit, Bremen 1985, S. 79–124 Bremer Angestellten Magazins anlässlich des 25jährigen Jubiläums, Bremen 2000

Zeitlose Themen

Den Löwenanteil des Bildungsurlaubsangebots machten im ersten Jahrzehnt Veranstaltungen der Politischen Bildung aus. Und von den 15 anerkannten Weiterbildungsträgern im Land Bremen deckte die Sozialakademie der Angestelltenkammer allein 40 Prozent der bremischen Bildungsurlaube ab.⁶

Um welche Inhalte ging es bei Bildungsurlauben der Sozialakademie? Hier eine kleine Auswahl der Titel; manche lassen uns heute vielleicht etwas schmunzeln, insgesamt aber zeigen sie, wie vielfältig, grundsätzlich und weit über das aktuelle Zeitgeschehen hinausweisend das Programm der „politischen Arbeitnehmerbildung“ schon damals war:



⁶ Vgl. Friedrich Schneider: Zehn Jahre gesetzlicher Bildungsurlaub in der Freien Hansestadt, in: Schriftenreihe der Angestelltenkammer Bremen: Bildungsurlaub. Arbeitnehmer lernen begreifen und eingreifen. Erfahrungen aus 10 Jahren Seminararbeit, Bremen 1985, S.27-38, hier: S. 34

⁷ Vgl. die Zusammenstellung in: Lose-Blatt-Sammlung: Daten, Zahlen und Informationen zur Bildungs- und Freizeitstätte, Bremen 1.9.2000

1975: „Der Angestellte in Betrieb und Gesellschaft“, „Lebensqualität – Zukunftsmusik oder Aufgabe für heute?“, „Arbeitslosigkeit – Alarmsignal und Anlass zum Umdenken“, „Beruf-Haushalt-Familie – Für Frauen“,

1976: „Sind Wirtschaftskrisen unser Schicksal?“, „Die total organisierte Zukunft - Eine kritische Einführung in die EDV“, „Von Osterholz-Tenever bis zur Mozarttrasse: Kann der Bürger Einfluss auf das bremisches Stadtentwicklungsprogramm nehmen?“,

1977: „Vom Patriarch zum Partner – Zum Selbstverständnis von Männern“, „8 Stunden sind kein Tag – Über unser Leben in zwei Welten“, „Zu Hause in Deutschland – Eingliederungshilfen für Spätaussiedler aus Polen“,

1978: „Zwischen Butterberg und Rinderberg – Wem nützt die EWG?“, „Dahinter steckt immer ein kluger Kopf? Zur bremischen Presselandschaft“, „1995 gehen die Lichter aus! – Für und Wider der Atomenergie“,

1979: „Schichtarbeit und Familie“, „Bürgerinitiativen kontra Parteien“,

1980: „Kleines ABC der Gesellschaft und Demokratie“, „Überfluss bei uns bedeutet Armut bei den anderen – zur sogenannten 3. Welt“, „Technischer Fortschritt – Fluch oder Segen?“,

1981: „Anders leben, anders produzieren, anders arbeiten – Ansätze alternativer Ökonomie“,

1982: „Ist der 3. Weltkrieg noch zu vermeiden?“, „Behinderte in Beruf, Gesellschaft und Familie“,

1983: „'Ausländer raus!'– Zur Vergangenheit und Gegenwart von Arbeitsmigranten in Deutschland“, „Strukturkrise in Bremen – Aktuell zu den Landtagswahlen“, Jahres-schwerpunkt: „50 Jahre danach: Die Machtergreifung Hitlers 1933: – Versuch einer Aktualisierung“,

1984: „Grenzen des Wachstums – Chancen oder Katastrophe“, „Die Familie in der Arbeitslosigkeit – Seminar mit Kindern“,

1985: „Frauenerwerbstätigkeit in der Wirtschaftskrise“, „Am Anfang war Erziehung – Über den Zusammenhang von Persönlichkeit und Gesellschaft“, „Mensch und Natur – Über grundlegende Zusammenhänge unsers Lebens“.⁷

Das Besondere des Bildungsurlaubs

Theo Jahns, Leiter der Bildungsstätte Bad Zwischenahn in den 80er Jahren, hat den besonderen Stellenwert und den Nutzen des Bildungsurlaubs später einmal treffend so beschrieben:

Bildungsurlaub....

- › „(...) ist Eigenzeit für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen,
- › erreicht leichter bildungsferne Arbeitnehmergruppen,
- › erleichtert den Einstieg in Weiterbildung,
- › bietet lernproduktive Distanz und Nähe zum Arbeits- und Alltagsleben,
- › fördert ganzheitliche Lernprozesse und qualifizierte Begegnungen auch unterschiedlicher Menschen, Lebensentwürfe, Arbeitnehmergruppen,
- › ermöglicht qualitative Erhebungen als Grundlage für sozialwissenschaftliche Erkenntnisse wie politische Stellungnahmen.“⁸

Gegenwind und Bildungsurlaubs-„Abstinenz“

Die Erfolgsgeschichte des Bildungsurlaubs in der Aufbruchzeit der 70er Jahre darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass von Anfang an doch nur eine kleine Minderheit Arbeitnehmender von ihrem Recht Gebrauch machte, Bildungsurlaub zu nehmen.

Der Arbeitsrechtler Friedrich Schneider bilanzierte nach zehn Jahren Bildungsurlaubsgesetz, man sei „noch weit davon entfernt“, Bildungsurlaub als etwas Selbstverständliches anzusehen. Daran hat sich im Prinzip bis heute nichts geändert. Dabei stand und steht Bremen im Vergleich zu anderen Bun-

desländern noch sehr gut da; damals nahmen jährlich über vier Prozent aller anspruchsberechtigten Beschäftigten in Bremen an Bildungsurlauben teil. Das kleinste Bundesland habe laut Schnieder damit „die bei weitem höchste Quote“ erzielt. Zum Vergleich: In Hamburg nahmen seinerzeit nur ca. zwei Prozent aller Arbeitnehmenden Bildungsurlaub.

Schneider diagnostizierte schon 1985 geradezu eine „Bildungsurlaubsabstinenz“. Er sah sie begründet in einem ganzen Bündel von Widerständen, Hürden und Hemmnissen – das noch heute wirkmächtig ist und

⁸ Vorwort Theo Jahns, in: Lose-Blatt-Sammlung: Daten, Zahlen und Informationen zur Bildungs- und Freizeitstätte, Bremen 1.9.2000. Vgl. auch: Asmus Nitschke: Zur Bedeutung der Politischen Bildung(-szeit), in: Weiterbildung stärken! Rahmenbedingungen für Beschäftigte im Bundesland Bremen, Bericht zur sozialen Lage 2018, Bremen 2018, S. 145-151; Angestelltenkammer Bremen: 20 Jahre Politische Bildung, Bremen 1995; die Dokumentation der Veranstaltungen in Bad Zwischenahn zum 25jährigen Jubiläum der Bildungsstätte, des Bildungsurlaubsgesetzes und der Politischen Bildung der Angestelltenkammer Bremen, Bremen 2000 und die Beiträge im Sonderdruck des Bremer Angestellten Magazins anlässlich des 25jährigen Jubiläums, Bremen 2000

gut erklärt, warum Bildungsurlaub nicht größeren Zuspruch findet; zu nennen sind etwa:

› ein Informationsdefizit (in der Bevölkerung): Trotz Aufklärung und Bewerbung durch Weiterbildungsträger, das Landesamt für Weiterbildung und die Kammern wissen viele Beschäftigte nicht von ihrem Recht und ihrem Anspruch auf bezahlten Bildungsurlaub. Und, so ist ergänzen, viele glauben irrtümlich, das Bildungsurlaubsthema müsse unmittelbaren Bezug zur Arbeit haben;

› Fehldeutungen: Der Name „Bildungsurlaub“ beförderte schnell ein weiteres Missverständnis in der öffentlichen Wahrnehmung, nämlich, es handele sich bei dieser Freistellung um zusätzliche (gewissermaßen nicht-legitime) Urlaubstage. Sie stünden den „Urlaubnehmenden“ zur Erholung und zur freien Gestaltung zur Verfügung. Das aber gilt für diese Weiterbildungsform eben nicht;

› „Schwellenangst“: Die Hemmung, an Seminaren, an Veranstaltungen des „organisierten Lernens“ teilzunehmen, sei, so Schneider damals, offenkundig gerade bei denjenigen besonders ausgeprägt, „die bisher am wenigsten Bildung genießen konnten“;

› Interessengegensätze und Freistellungsprobleme: Bildungsurlaub liegt - nur auf den ersten Blick - nicht im Interesse von Arbeitgebenden. Das Recht muss häufig gegen erhebliche betriebliche bzw. unternehmerische Widerstände durchgesetzt werden. Es bedarf dafür der Unterstützung

starker Betriebs- oder Personalräte. Die gibt es aber oft nur in großen Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung. Die vielen Beschäftigten in Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmen werden kaum erreicht, ihre Freistellung für Bildungsurlaub scheint kaum möglich;

› Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand: Sie ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des (Bremer) Bildungsurlaubs. Anders als etwa im Schul- und Hochschulbereich mussten die Weiterbildungsträger schon nach wenigen Jahren Teilnahmegebühren für Bildungsurlaubs-Seminare erheben. Und diese stiegen kontinuierlich an. Die Konsequenz auch: Personalabbau bei den Weiterbildungseinrichtungen, keine angemessene Bezahlung der Honorar Dozent:innen. Der Trend, der bereits nach wenigen Jahren erkennbar und dann zementiert wurde, hieß nicht etwa Ausdehnung des Bildungsurlaubs, sondern seine Einschränkung;

› die fehlende Unterstützung des Bundes: Sie erklärt nach Schneider, warum Bildungsurlaub von Anfang an mit Imageproblemen zu kämpfen hatte. Die „große Politik“ überließ das Thema allein den Bundesländern. Und die gesetzlichen Bestimmungen variieren von Bundesland zu Bundesland sehr erheblich. Die Anerkennungsverfahren für Bildungsurlaubsveranstaltungen in anderen Bundesländern sind aufwendig („Landeskinder“ werden als Teilnehmende bevorzugt). Immerhin: Inzwischen haben bis auf Bayern und Sachsen alle Bundesländer Bildungsurlaubsgesetze.⁹

⁹ Vgl. Friedrich Schneider: Zehn Jahre gesetzlicher Bildungsurlaub in der Freien Hansestadt, in: Schriftenreihe der Angestelltenkammer Bremen: Bildungsurlaub. Arbeitnehmer lernen begreifen und eingreifen. Erfahrungen aus 10 Jahren Seminararbeit, Bremen 1985, S.30ff

Ein Juwel der Weiterbildung – auch in Zukunft

Zu guter Letzt ein persönliches Resümee: Es scheint mir heute wichtiger denn je, den gesellschaftspolitischen Gehalt dieser Errungenschaft aus den 70er Jahren zu erinnern und den Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub offensiv zu verteidigen. Längst geht es um Grundsätzliches. Um gesellschaftlichen Zusammenhalt, demokratische Verfahrensweisen in Gesellschaft und Arbeitswelt, um Grund- und Menschenrechte für Alle. Es geht darum, eine solidarische Zivilgesellschaft gegen Angriffe von rechts und ewig Gestrige zu schützen und die großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit sozialverträglich zu meistern.

Warum ist Bildungsurlaub dabei so wichtig? Weil traditionelle Milieus und betriebliche Bindungen sich immer weiter (auf)lösen, weil die Vereinzelung weiter fortschreitet, der Blick über den Tellerrand aber immer wichtiger wird. Weil Bildungsurlaub auch und gerade Beschäftigte aus nicht-akademischen Haushalten anspricht und damit einen kleinen, aber wichtigen Beitrag dazu leistet, die sozialen Ungerechtigkeiten, die unser Bildungssystem ständig (re)produziert, etwas abzumildern.¹⁰

Weil unsere Gesellschaft Diskursräume und „Slots“ für konstruktiven Austausch und faire Auseinandersetzung dringend braucht, Räume und Zeiten fürs Innehalten, für Reflexion und Verständigung mit anderen, „fremden“ Erfahrungs- und Lebenswelten, für einfühlsamen Perspektivwechsel, für individuelle wie kollektive Selbstvergewisserung.

Reale politische Begegnungsorte aber sind rar geworden. Oder in eine vermeintlich andere Realität, ins Virtuelle, „ins Netz“ gewandert. Dort meist ohne seriöse „Gatekeeper“-Stellen, die helfen würden, die Informationsflut zu filtern und zu lenken, die eigene Informationsblase zu hinterfragen und die vielen Einzelinformationen in größere gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Zusammenhänge einzuordnen.

Es gab in der Vergangenheit mehrere Gesetzesänderungen zum bremischen Bildungsurlaub. Substanziell waren diese nicht: weder die Öffnung des 5-Tages-Format hin zu auch ein- oder mehrtägigen Bildungsurlauben, noch der gut gemeinte Versuch, dem Kind einen neuen, zeitgemäßen Namen zu geben, nämlich „Bildungszeit“; er hat sich bei den Teilnehmenden nicht durchgesetzt. Und ob es nun Sinn macht, Seminare der politischen Bildung stärker an der beruflichen Bildung auszurichten und ihren Erfolg am Erwerb verwertbarer Fähigkeiten und Kompetenzen zu messen, wie die letzte Novellierung (2017) verfügte, sei dahingestellt.

Die wisoak aber nimmt das Jubiläum zum Anlass, ihr aktuelles Bildungszeitangebot unter das Motto „50 Jahre Bildungsurlaub/ Bildungszeit“ zu stellen - und nichts unversucht zu lassen, den emanzipatorischen, fortschrittlichen Geist des Gesetzes wach und lebendig zu halten.

Bremen im Sommer 2024,
Dr. Asmus Nitschke

¹⁰ Der jüngste Nationale Bildungsbericht (2024) konstatiert, dass das deutsche Bildungssystem bereits „am Anschlag arbeitet“. Es sei in den letzten Jahren noch ungerechter geworden. Traditionell sind Bildungschancen und Bildungserfolg in Deutschland übermäßig stark von der sozialen Herkunft abhängig. Kai Maaz, einer der Autoren des Berichts: „Soziale Bildungsgleichheiten ziehen sich durch die Biografie bis in die Erwachsenenbildung hinein.“ Zit. nach Bildungsklick v. 17.6.2024. Vgl. auch Weser Kurier v. 18.6.2024: „Zahl der Schulabbrecher steigt“